

Landkreis Vorpommern-Rügen

4. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:

Kreistagsfraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS90/DIEGRÜNEN + DIE PARTEI, SPD

Vorlagen Nr.:

A/4/0129

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	23.03.2026

**Antrag der Kreistagsfraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS90/DIEGRÜNEN + DIE PARTEI, SPD:
„Angebot für Integrations- und Sprachkurse sichern,,**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

Der Kreistag stellt fest, dass Integrations- und Sprachkurse ein grundlegendes Instrument für erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe, Arbeitsmarktintegration und Integration von Zugewanderten darstellen.

Der Kreistag kritisiert den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verfügten Zulassungsstopp für freiwillige Integrationskurse, durch den bundesweit bis zu 130.000 Menschen von Sprach- und Orientierungskursen ausgeschlossen werden.

Der Kreistag fordert den Landrat dazu auf sich bei der Bundesregierung und dafür einzusetzen den Zulassungsstopp unverzüglich zurückzunehmen und eine verlässliche Finanzierung der Integrationskurse sicherzustellen.

Der Landrat wird gebeten, gemeinsam mit den Trägern der Integrationskurse im Landkreis zu prüfen, welche Auswirkungen der Zulassungsstopp auf vorhandene Kursangebote im Landkreis hat und welche Alternativen sich mit eben diesen Trägern auf Landkreisebene eingerichtet werden können.

Die Ergebnisse sind dem Kreistag vorzulegen.

Begründung:

Integrations- und Sprachkurse sind eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe sowie für eine erfolgreiche Integration in Ausbildung und Arbeit. Ohne ausreichende Sprachkenntnisse bleiben Zugänge zum Arbeitsmarkt, zu Bildung und zu gesellschaftlichen Strukturen erheblich eingeschränkt.

Der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verfügte Zulassungsstopp für freiwillige Integrationskurse führt dazu, dass bundesweit zahlreiche Menschen keinen Zugang zu entsprechenden Sprach- und Orientierungskursen erhalten. Gleichzeitig entstehen für Bildungsträger und Kursträger erhebliche Unsicherheiten hinsichtlich Planung und Finanzierung.

Insbesondere vor dem Hintergrund der jüngsten bundespolitischen Debatte über das „Stadtbild“ deutscher Städte, die von Bundeskanzler Friedrich Merz angestoßen wurde, erscheint diese Entwicklung widersprüchlich. Ein gesellschaftliches Zusammenleben, das sich positiv im öffentlichen Raum widerspiegelt, entsteht aus grundlegenden Integrationsinstrumenten wie Sprach- und Integrationskursen.

Nicht zuletzt die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Vorpommern-Rügen machen ein starkes Engagement in dieser Sache unabdingbar, fernab aller übrigen Debatten über Migration.

Darüber hinaus sind auch Arbeitsplätze bei den Trägern der Integrationskurse selbst betroffen. Lehrkräfte und pädagogisches Personal, die bislang in der Durchführung von Integrations- und Sprachkursen tätig sind, sehen sich durch ausbleibende Kurszulassungen zunehmend mit unsicheren Beschäftigungsperspektiven konfrontiert.

Eine verlässliche Finanzierung und Planungssicherheit ist daher nicht nur im Interesse der Kursteilnehmer, sondern ebenso im Interesse der Bildungs- und Kursträger sowie ihrer Beschäftigten erforderlich. Vor diesem Hintergrund erscheint es geboten, die Auswirkungen der aktuellen Entwicklung auf Landkreisebene zu prüfen und sich zugleich gegenüber Bund und Land für eine nachhaltige Sicherung der Integrationskursangebote einzusetzen.

gez. Kerstin Kassner
Fraktionsvorsitzende
Fraktion DIE LINKE

gez. Ute Bartel
Fraktionsvorsitzende
Fraktion SPD

gez. Dirk Niehaus
Fraktionsvorsitzender
Fraktion B90/DIEGRÜNEN + DIE PARTEI